

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
12.03.2014
- 3 Luftschiffhafen - Sachstandsbericht
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 4.1 Konzept Veranstaltungen Volkspark
Vorlage: 13/SVV/0631
Fraktion SPD
 - 4.2 Ortspläne an Ortsteileingängen
Vorlage: 13/SVV/0653
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 - 4.3 Bericht über die Prüfungen zur 110 kV-Leitung in der Ortslage Golm
Vorlage: 14/SVV/0254
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
 - 4.4 Kurzfristige Gespräche zur Verlegung der 110-KV-Leitung in Marquardt und
Golm
Vorlage: 12/SVV/0664
Fraktion SPD
Fassung HA 26.02.2014
 - 4.5 Umsetzung Ergebnisse Einwohnerversammlung Golm vom 29.08.2013 /
Umverlegung 110kV-Freileitung
Vorlage: 14/SVV/0036
Fraktion SPD
 - 4.6 110 KV Freileitung Golm - Kostenrechnung
Vorlage: 14/SVV/0122
Fraktion DIE LINKE
 - 4.7 Hebesatzsatzung der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 14/SVV/0059
Oberbürgermeister, FB Finanzen und Berichtswesen
 - 4.8 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2014
Vorlage: 14/SVV/0043
Oberbürgermeister, KommunalerImmobilienService

- 4.9 Refinanzierung der Umsetzung der Schulentwicklungsplanung 2014 bis 2020
Vorlage: 14/SVV/0063
Oberbürgermeister, FB Steuerung und Innovation
- 4.10 Konzept zur Erinnerung an das ehemalige russische Militärstädtchen Nr. 7
Vorlage: 14/SVV/0082
Oberbürgermeister, FB Kultur und Museum
- 4.11 Konzept zur Erinnerungskultur der Landeshauptstadt Potsdam
Oberbürgermeister
- 4.12 Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus
Vorlage: 14/SVV/0131
Fraktion DIE LINKE
- 4.13 Einzelhandelskonzept für die Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 14/SVV/0150
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 4.14 Nachnutzungskonzept der Biosphärenhalle
Vorlage: 14/SVV/0177
Fraktion CDU/ANW
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Evaluierung Tochtergesellschaften Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH
Vorlage: 14/SVV/0062
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 5.2 Bericht zur Stadtentwicklung und Stadterneuerung bezgl. DS Nr. 03/SVV/0806
Vorlage: 14/SVV/0072
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 5.3 Gewerbeflächensicherungskonzept - Jahresbilanz 2013/2014
Vorlage: 14/SVV/0179
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 5.4 Änderung der Fernwärmesatzung
Vorlage: 14/SVV/0158
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
- 5.5 Rahmenbedingungen für den Erwerb von BImA-Wohnungen durch die ProPotsdam GmbH
Vorlage: 14/SVV/0166
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 5.6 Personelle Situation im Bereich Stadtplanung/ Stadterneuerung/Bauleitplanung
Vorlage: 14/SVV/0153
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

- 5.7 Zeitplan Haushalt 2015/2016
Vorlage: 14/SVV/0196
Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation, Fachbereich
Finanzen und Berichtswesen
- 5.8 Information zur Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners
- 6 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 12.03.2014

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 13 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Auf Grund der zahlreichen Gäste zu den Tagesordnungspunkten 4.3 – 4.5, 110-KV-Leitung in Golm, spricht sich der Oberbürgermeister dafür aus, diese zu Beginn der Sitzung aufzurufen.

Im Weiteren schlägt er vor, folgende **Tagesordnungspunkte** zurückzustellen:

- **4.1, DS 13/SVV/0631**, Konzept Veranstaltungen Volkspark, hierzu hat der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung im Rahmen des Selbstbefassungsrechtes beraten; es liegt aber noch kein Ergebnis vor,
- **4.2, DS 13/SVV/0653**, Ortspläne an Ortsteileingängen – das Votum des Ausschusses für Finanzen fehlt,
- **4.14, DS 14/SVV/0177**, Nachnutzungskonzept der Biosphärenhalle – hierzu schlägt er eine Information im nicht öffentlichen Teil der nächsten Hauptausschusssitzung und eine abschließende Beratung in der Sitzung am 30. April vor,
- **5.3, DS 14/SVV/0179**, Gewerbeflächensicherungskonzept - Jahresbilanz 2013/2014 – da diese Mitteilungsvorlage im Ausschuss Stadtentwicklung und Bauen zurückgestellt wurde,
- **5.4, DS 14/SVV/0158**, Änderung der Fernwärmesatzung – da diese Mitteilungsvorlage im Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung zurückgestellt wurde,
- **5.6, DS 14/SVV/0153**, Personelle Situation im Bereich Stadtplanung/ Stadterneuerung/Bauleitplanung - da diese Mitteilungsvorlage im Ausschuss Stadtentwicklung und Bauen zurückgestellt wurde.

Darüber hinaus wird vorgeschlagen, den Tagesordnungspunkt 4.9 – DS 14/SVV/0063, Refinanzierung der Umsetzung der Schulentwicklungsplanung 2014 bis 2020 **vor** Tagesordnungspunkt 4.7 – DS 14/SVV/0059 - Hebesatzsatzung der Landeshauptstadt Potsdam, zu behandeln.

Im Weiteren, so der Oberbürgermeister, liegen von der Fraktion SPD Anträge auf Rederecht für Herrn Mario Wersig und Herrn Friedrich Winskowski zu den Tagesordnungspunkten 4.3 bis 4.6 vor.

Gegen die Anträge auf Rederecht erhebt sich kein Widerspruch.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig **bestätigt**.

Gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der 105. Sitzung vom 12.03.2014 gibt es keine Einwände. Die Niederschrift wird mit 10 Ja-Stimmen, bei fünf Stimmenthaltungen **bestätigt**.

zu 4.3 Bericht über die Prüfungen zur 110-kV-Leitung in der Ortslage Golm

Vorlage: 14/SVV/0254

Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Siehe Tagesordnungspunkt 4.4.

In der weiteren Diskussion wird diese Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.

zu 4.4 Kurzfristige Gespräche zur Verlegung der 110-KV-Leitung in Marquardt und Golm

Vorlage: 12/SVV/0664

Fraktion SPD

Fassung HA 26.02.2014

Gegen den Vorschlag des Oberbürgermeisters, die Tagesordnungspunkte 4.3 – 4.6 zusammen zu behandeln, erhebt sich kein Widerspruch.

Eingangs erhält Herr Wersig als Vertreter der Initiative "Golm unter Strom" das Rederecht und stellt in seinen Ausführungen die Ansicht der Bürgerinitiative zu den Kosten sowie der Kommunikation mit der Verwaltung und Politik dar. Eine finanzielle Beteiligung der Grundstückseigentümer werde von den Betroffenen hundertprozentig ausgeschlossen, so Herr Wersig. Des Weiteren übergibt er dem Oberbürgermeister 1.200 Unterstützungsunterschriften, welche die Forderung nach einer Umverlegung der Hochspannungsleitung bekräftigen. Er fordert die Hauptausschussmitglieder auf, heute eine Entscheidung zu treffen.

Anschließend erhält Herr Wittkowski das Rederecht und weist seinerseits darauf hin, dass die Stromtrasse eine offenkundige Gefährdung für die Anwohner darstelle. Er fordert die Hauptausschussmitglieder auf, sich ganz klar für die Bereitstellung der Mittel auszusprechen.

Der Oberbürgermeister geht anschließend auf die Redebeiträge ein und merkt an, dass er die Argumente und die Besorgnis der Golmer Bürgerinitiative und der engagierten Bürger respektiere und ihnen die Handlung aus tiefster Besorgnis unterstelle. Wenn allerdings er und Herr Exner dies aus finanzpolitischer Sicht ablehnen, sollte dies auch ernst genommen werden. Er habe die Interessen der gesamten Stadt wahrzunehmen und die Investitionen auch der nächsten Jahre zu

sichern, was man nicht einfach „abtun“ könne.

Er erinnert daran, dass der Ausgangspunkt für die hier geführte Diskussion die Absicht eines großen Stromkonzerns sei, die Leitungen zu erneuern und technisch aufzurüsten. Somit sei in erster Linie der Stromkonzern Adressat der Forderungen, zumal sein Haushaltsvolumen weit über dem der Stadt liege. Dieser Stromkonzern habe erklärt, nur dann auf die Forderungen einzugehen, wenn die Stadt sich daran beteilige. Damit würde ein Stromkonzern zu Lasten der Allgemeinheit bevorzugt. Die Stadt habe ihre Bedenken und die der Bürger im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens deutlich gemacht. Leider wurde seitens der Aufsichtsbehörde nicht darauf eingegangen und der Stromkonzern nicht zu einer Erdverkabelung verpflichtet.

Bezüglich der Kosten, so der Oberbürgermeister, wurde mit den Zahlen gearbeitet die E.DIS geliefert habe, so dass immer mit 2,8 Mio. plus Planungskosten argumentiert worden sei. Ob dieser Rahmen eingehalten werde, sei allerdings fraglich; das Kostenrisiko liege jedenfalls bei der Stadt.

Herr Exner schließt daran Ausführungen zu der Frage an, wie die Gemeinde das leisten solle. Die Rede sei von einem siebenstelligen erheblichen Betrag, der aus dem Investitionshaushalt zu zahlen sei. Dieser Investitionshaushalt sinke von Jahr zu Jahr und aus diesem müsse auch der Schulentwicklungsplan finanziert werden. Er erläutert an Hand visueller Darstellung das Investitionsprogramm und die Entwicklung des Investitionshaushalts sowie die dazu von der Kommunalaufsicht gegebenen Hinweise. Im Ergebnis gebe es für freiwillige Aufgaben keine Möglichkeiten und sei eine Ratenzahlung ein kreditähnliches Geschäft, das einer Genehmigung durch die Kommunalaufsicht bedarf.

Herr Schultheiß signalisiert Verständnis für die Bürger und empfiehlt, nach Möglichkeiten der Realisierung zu suchen. Er schlägt vor, Geld aus den Investitionsmitteln für den Schulentwicklungsplan zu nehmen, einige Schulen von privaten Investoren bauen zu lassen oder eine Haushaltsentlastung durch den Verkauf der MEVAG zu schaffen.

Der Oberbürgermeister betont, dass heute eine Entscheidung gefällt werden solle. Weder er noch Herr Exner hätten gesagt, dass das Anliegen nicht umsetzbar sei, sondern auf die Konsequenzen verwiesen, wie z. B. die Entscheidung durch die Kommunalaufsicht und den sinkenden Investitionshaushalt. Leider habe er von keinem gehört, was an Stelle der 110-KV-Leitung dann nicht gemacht werden soll. Natürlich gebe es Einzelvorschläge, aber die brauchen letztlich eine Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung und die sehe er im Moment jedenfalls nicht.

Herr Schubert weist ausdrücklich darauf hin, dass es um mehr als um Geld gehe. Diese Diskussion sei auch im Ausschuss für Finanzen geführt worden und mündete in der vorliegenden Beschlussempfehlung. Die Stadt sei in dieser Diskussion nicht der Feind und der Verursacher; sie teile aber die Argumente der Bürger in der Stellungnahme zum Planfeststellungsverfahren und gehe ebenso von einer gesundheitlichen Belastung aus. Deshalb die Empfehlung, die Leitungen unter die Erde zu verlegen. An der Richtigkeit der Stellungnahme der Stadt habe sich nichts geändert und letztlich könne Gesundheit nicht gegen Bildung abgewogen werden.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass diese Stellungnahme der Stadt im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens abgegeben wurde, weil die Stadt dieser Auffassung ist und die Stadt damit die Hoffnung verbunden hat, dass die Aufsichtsbehörde E.DIS dazu führt, eine Erdverkabelung umzusetzen. Diese

Hoffnung hat sich nicht erfüllt und E.DIS lehnt dies ab. Damit wird nun die Stadt in die Verantwortung genommen und er meine, dass das kein Argument sei, die Stadt immer dann einspringen zu lassen, wenn Private etwas ablehnen. Er könne nur hoffen, dass dieses Beispiel nicht Schule mache.

Die Stadt, so Herr Heinzl, habe die Verantwortung für alle und dieses Problem sei nicht mit anderen zu vergleichen. Hier gebe es eine einmalige Chance und eine Investition in die Zukunft. Er werde dem geänderten Antragstext aus dem Ausschuss für Finanzen zustimmen.

Herr Berndt betont, dass bürgerschaftliches Engagement ein sehr hohes Gut für die Entwicklung des Allgemeinwesens sei und er deshalb volles Verständnis für die Argumente der Bürgerinitiative habe. Andererseits habe er schon vor 4 Wochen vor der Illusion gewarnt, dass Zahlen Entscheidungshilfen seien. Das Grundproblem bestehe darin, dass hier über 3 Mio. Euro für 22 Grundstückseigentümer aufgewendet werden sollen, was angesichts der finanziellen Situation der Stadt keine Zustimmung finden könne. Mehr als weitere Varianten zu prüfen, könne nicht erwartet werden.

Herr Dr. Scharfenberg merkt an, dass hier über eine sehr komplexe Aufgabe und Verantwortung geredet und diese aus unterschiedlicher Sicht wahrgenommen werde. Die Illusion, dass E.DIS die Mehrkosten tragen werde, habe es nicht gegeben. Die tatsächlichen Kosten und Bedingungen seien sehr spät auf den Tisch gekommen, aber jetzt gebe es eine Entscheidungsgrundlage. In 10 Jahren sehe eine Entscheidung vielleicht anders aus, weil sich die Bedingungen verändern – aber eine Entscheidung werde jetzt gebraucht. Er denke, es gebe bei der Allgemeinheit Verständnis für das Anliegen der Golmer. Die Frage sei, ob die Bereitschaft bestehe, dem Anliegen zuzustimmen und den Weg dafür frei zu machen – auch wenn es sein könne, dass die Kommunalaufsicht dem nicht zustimme. Er setze darauf, dass es Verständnis für die Stadt gebe, weil sie nach Finanzierungsmöglichkeiten suche. Aber für ihn gehöre auch die Beteiligung der Grundstückseigentümer eindeutig mit dazu.

Leider werde es eine Verpflichtung der Bundesnetzagentur nicht geben, so Frau Hüneke, weil die gesetzlichen Grundlagen dafür fehlen. Außerdem betreffe es eben mehr als die 22 Grundstückseigentümer, weshalb deren Beteiligung eben sehr schwierig sei. Sie sei außerordentlich betrübt darüber, eine haushaltsmäßig so unvernünftige Entscheidung treffen zu müssen. Diese Entwicklung könne aber auf Dauer so nicht zugelassen werden und man müsse sich auf Bundesebene dafür stark machen.

Herr Klipp macht darauf aufmerksam, dass es gesundheitliche Grenzwerte für unterschiedliche Bereiche gebe, die gesetzlich geregelt sind, so wie für Lärm- und Luftschadstoffe. Die hier veranschlagten Mittel werden u.a. fehlen, um diese bundesgesetzlichen Regelungen zu erreichen. Für elektromagnetische Strahlungen gebe es diese Grenzwerteregulierung jedoch nicht und auch bei einer Erdverkabelung gebe es Strahlungen. Die Grundstückseigentümer, die erst 1990 die Grundstücke gekauft und diese Auswirkungen zumindest billigend in Kauf genommen haben, sollten eigenständig und freiwillig einen Beitrag leisten. Darüber hinaus gebe es auch einen privaten Unternehmer, der davon profitieren und Grundstücke gewinnbringender verkaufen könne.

Auf Nachfrage des Oberbürgermeisters, ob sich mit der Annahme der DS 12/SVV/0664 die Anträge 14/SVV/0036 und 14/SVV/0122 erledigt hätten, bestätigen dies Herr Schubert und Herr Dr. Scharfenberg.

Der Oberbürgermeister stellt den Ergänzungsantrag der Verwaltung mit folgendem Wortlaut zur Abstimmung:

Die Einleitung weiterer kostenauslösender Untersuchungen und Planungen steht unter den Bedingungen, dass

- a) Vereinbarungen mit allen Eigentümern derjenigen Grundstücke, die infolge der Beseitigung der Freileitung einen Wertzuwachs ihrer Grundstücke erhalten, geschlossen werden. In diesen Vereinbarungen haben sich alle Eigentümer zur Zahlung eines Ausgleichs des Wertzuwachses zu verpflichten. Zuvor sind die Wertzuwächse sachverständig zu ermitteln,**
- b) die Zahlung des Ausgleiches binnen der zu vereinbarenden Fälligkeitszeitpunkte auf dem Konto der Landeshauptstadt Potsdam erfolgt ist,**
- c) die Kosten für die Vorplanung gesichert sind.**

Die alternative Verlegung mittels Erdkabel steht unter den Bedingungen, dass

- a) alle diejenigen Eigentümer, auf deren Grundstücken die künftige Verlegung des Erdkabels erfolgen soll, zuvor dieser Verlegung schriftlich zugestimmt haben,**
- b) im Übrigen die Finanzierung gesichert ist.**

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 4

Im Weiteren bittet der Oberbürgermeister, in der vom Ausschuss für Finanzen empfohlenen Fassung den letzten Absatz zu streichen und die Terminsetzung von April auf Mai zu ändern, da eine Beschlussvorlage mit den entsprechenden Antragsfristen erst zur letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vorliegen könne. Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

Die ergänzte und geänderte Fassung aus dem Ausschuss für Finanzen wird zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Ergebnisse der Einwohnerversammlung Golm vom 29.08.2013 zielgerichtet umzusetzen und mit dem Leitungsnetzbetreiber E.DIS kurzfristig Verhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen,

- **die Verlegung der 110-KV-Leitung aus der Ortslage Golm heraus im Rahmen eines Vertrages zu regeln,**
- **die Mehrkosten für eine alternative Trassierung der 110-KV-Leitung als Erdverkabelung im Rahmen einer Entwurfsplanung konkretisieren zu lassen und**
- **eine abgemessene Beteiligung der Landeshauptstadt Potsdam an den Mehrkosten als ratierliche Kostenerstattung von mindestens 5 Jahren zu verhandeln.**

Für die kurzfristige Absicherung erster planerischer Schritte zur Konkretisierung der Erdkabeltrasse (Leitungsführung, Kosten etc.) werden aus dem Produktkonto 5110300.5431569 Mittel i. H. v. 50.000 € zur Verfügung gestellt.

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die Übernahme der Mehrkosten für die unterirdische Leitungsverlegung der 110-KV-Leitung in der Ortslage Golm, dargestellt im Punkt eins und unter Berücksichtigung des Punktes 3 aus der Vorlage 14/SVV/0254, in einer Verwaltungsvorlage in der Maisitzung der SVV zum sofortigen Beschluss vorzulegen.

Die im Punkt 1 aufgezeigte Möglichkeit einer Ratenzahlung von 2015 bis 2019 ist in den jeweiligen Haushalt der Landeshauptstadt mit aufzunehmen. Angesichts der zeitlichen Abläufe ist diese Dringlichkeit geboten. Gleichzeitig wird damit E.DIS signalisiert, dass eine unterirdische Verlegung der Trasse im Bereich Golm sofort in die Planungen mit einzubeziehen ist.

Die Einleitung weiterer kostenauslösender Untersuchungen und Planungen steht unter den Bedingungen, dass

- d) Vereinbarungen mit allen Eigentümern derjenigen Grundstücke, die infolge der Beseitigung der Freileitung einen Wertzuwachs ihrer Grundstücke erhalten, geschlossen werden. In diesen Vereinbarungen haben sich alle Eigentümer zur Zahlung eines Ausgleichs des Wertzuwachses zu verpflichten. Zuvor sind die Wertzuwächse sachverständig zu ermitteln,
- e) die Zahlung des Ausgleiches binnen der zu vereinbarenden Fälligkeitszeitpunkte auf dem Konto der Landeshauptstadt Potsdam erfolgt ist,
- f) die Kosten für die Vorplanung gesichert sind.

Die alternative Verlegung mittels Erdkabel steht unter den Bedingungen, dass

- a) alle diejenigen Eigentümer, auf deren Grundstücken die künftige Verlegung des Erdkabels erfolgen soll, zuvor dieser Verlegung schriftlich zugestimmt haben.
- b) im Übrigen die Finanzierung gesichert ist.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	9
Ablehnung:	2
Stimmhaltung:	4

zu 4.5 **Umsetzung Ergebnisse Einwohnerversammlung Golm vom 29.08.2013 / Umverlegung 110kV-Freileitung**
Vorlage: 14/SVV/0036
Fraktion SPD

Diese Drucksache hat sich mit Annahme der DS 12/SVV/0664 erledigt.

zu 4.6 **110 KV Freileitung Golm - Kostenrechnung**
Vorlage: 14/SVV/0122
Fraktion DIE LINKE

Diese Drucksache hat sich mit Annahme der DS 12/SVV/0664 erledigt.

zu 3 **Luftschiffhafen - Sachstandsbericht**

Am heutigen Tage, so der Oberbürgermeister, informierte sich der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesministerium des Innern, Herrn Dr. Ole Schröder, persönlich vor Ort über den aktuellen Sachstand der Sanierungsarbeiten an der Schwimm- sowie der Leichtathletikhalle.

Zum aktuellen Stand der Sanierungsarbeiten an der Schwimmhalle trägt Frau Runge vor, dass die Arbeiten an der komplexen Dachhalterung abgeschlossen seien und am kommenden Montag die Montagearbeiten an den Aufhängepunkten des Daches der Schwimmhalle beginnen. Die Maßnahmen sollen voraussichtlich Ende Mai abgeschlossen sein, so dass eine eingeschränkte Nutzungsfreigabe zu Anfang Juni erfolgen könne.

Sie führt weiter aus, dass die Sanierungsarbeiten am Dach der Leichtathletikhalle bis voraussichtlich zum Herbst dauern werden. Beabsichtigt sei, noch in diesem Jahr eine eingeschränkte Nutzung der Halle zu ermöglichen.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg trägt Frau Runge vor, dass es in der kommenden Woche ein Gespräch zur Diskussion der Frage geben werde, in welcher Art und welchem Umfang die Belastungstests durchzuführen sind. Im Anschluss daran sei es möglich, konkretere Aussagen, u. a. zum Zeit- und Kostenaufwand, zu treffen.

Frau Dr. Schröter merkt an, dass zu Beginn der Problematik die Kommunikation mit den Betroffenen in der Kritik stand und fragt, wie hierzu der aktuelle Stand ist.

Der Oberbürgermeister betont, dass sich das 14-tägige Jour fix etabliert und sich die Nutzung der Ausweichtrainingsstätten eingespielt habe. Des Weiteren werde der Liveticker der Stadt, welcher im Internet immer über den aktuellen Stand der Sanierungsmaßnahmen informiert, gut angenommen.

Herr Dr. Scharfenberg fragt, wie viele Vereine bereits ihren durch die Schließung der Hallen am Luftschiffhafen zusätzlich entstandenen Aufwand mitgeteilt haben.

Frau Müller-Preinesberger antwortet, dass zwischenzeitlich drei Vereine diese Angaben zur Verfügung gestellt hätten.

zu 4 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 4.1 **Konzept Veranstaltungen Volkspark**

Vorlage: 13/SVV/0631

Fraktion SPD

zurückgestellt

zu 4.2 **Ortspläne an Ortsteileingängen**

Vorlage: 13/SVV/0653

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

zurückgestellt

zu 4.9 **Refinanzierung der Umsetzung der Schulentwicklungsplanung 2014 bis 2020**

Vorlage: 14/SVV/0063

Oberbürgermeister, FB Steuerung und Innovation

Herr Exner bringt den Antrag ein.

Anschließend betont Herr Dr. Scharfenberg, dass sich die Fraktion DIE LINKE

intensiv mit der Frage der Refinanzierung beschäftigt habe. Natürlich strebe auch seine Fraktion eine Umsetzung in Gänze an, was jedoch mit entsprechenden Einschnitten verbunden sei. Der größte Einschnitt sei dabei die Erhöhung der Grundsteuer B, so dass mit dem vorliegenden Änderungsantrag vorgeschlagen werde, diese nur auf 520 v.H. anzuheben. Im Weiteren erläutert er den Änderungsantrag mit folgendem Wortlaut:

1.Änderung Nr. 1 a Satz 2 und 3

In 2014 wird der Hebesatz auf 520 v.H. angehoben (siehe Beschlussvorlage DS14/SVV/0059).

2.Ergänzung Nr. 1 b um folgende Sätze:

Dabei sind die Verpflichtungen der Pro Potsdam zur Sicherung bezahlbarer Wohnungen, vor allem der Bau von 1000 neuen Wohnungen bis 2019, in besonderer Weise zu berücksichtigen.

Die Leistungen des ÖPNV sind auch bei einer veränderten Finanzierungsstruktur innerhalb des Konzerns Stadtwerke Potsdam mindestens auf dem derzeitigen Niveau aufrecht zu erhalten.

3.Änderung Nr. 1 c

a. Änderung des zweiten Punktes:

In den kommenden Jahren werden die laufenden Erträge der LHP und damit das Gesamthaushaltsvolumen weiter steigen. Dieser Anstieg soll so gestaltet werden, dass sich der relative Anteil der freiwilligen Aufwendungen am Gesamthaushalt gegenüber 2014 nicht erhöht. Es wird angestrebt, den Anstieg der Aufwendungen für freiwillige Aufgaben (ohne ÖPNV) auf maximal 2 % p.a. ab 2015 zu begrenzen.

b. Streichung des vierten Punktes (keine neuen institutionellen Förderungen im freiwilligen Bereich).

4.Änderung Nr. 5

a. Buchstabe e) erhält folgende Fassung:

Es sind unverzüglich Gespräche mit dem Landkreis Potsdam-Mittelmark aufzunehmen, um im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit eine finanzielle Beteiligung des Landkreises am Bau von neuen Schulen zu erreichen. Der Hauptausschuss ist unmittelbar darüber zu informieren. Weiterhin bemüht sich die Stadt gegenüber dem Land um die Schaffung gesetzlicher Regelungen zur Beteiligung von Umlandkommunen am Schulneubau in Zentren.

b. Einfügung eines neuen Buchstabens f)

Der Oberbürgermeister nutzt alle Möglichkeiten, um private Spender für die Unterstützung der Sanierung bzw. den Neubau von Schulen zu gewinnen.

c. Einfügung eines neuen Buchstabens g)

Die Stadt schließt die Bereitstellung von öffentlichen Mitteln für einen Erwerb des Hotels „Mercure“ mit dem Ziel eines späteren Abrisses aus.

d. Einfügung eines neuen Buchstabens h)

Für den Wiederaufbau der Garnisonkirche sind weiterhin keinerlei Mittel der Landeshauptstadt Potsdam einzusetzen.

Gegen den Vorschlag von Herrn Dr. Scharfenberg, diesen Änderungsantrag in den Fraktionen zu beraten und sich vor der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 02.04.2014 dazu nochmal zu verständigen, erhebt sich kein Widerspruch.

Herr Schultheiß betont, dass ihm beide Vorschläge nicht „gefallen“, da es noch andere Möglichkeiten als nur einseitig die Grundsteuererhöhung gebe. Er könne sich einen „Mix“ aus verschiedenen Varianten vorstellen.

Frau Bankwitz sieht die Erhöhung der Grundsteuer als unverhältnismäßig an, da sich die Stadt andere Prestigeprojekte, wie den kostenlosen Parkeintritt leiste.

zu 4.7 Hebesatzsatzung der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 14/SVV/0059

Oberbürgermeister, FB Finanzen und Berichtswesen

Da der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur DS 14/SVV/0063, Refinanzierung Schulentwicklungsplan, Auswirkungen auf diesen Antrag hat, wird auch dieser nur zur Kenntnis genommen.

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE:

§ 1 Nr.1 Buchstabe b. erhält folgende Fassung:

b. für die Grundstücke (Grundsteuer B) 520 v.H.

zu 4.8 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2014

Vorlage: 14/SVV/0043

Oberbürgermeister, KommunalerImmobilienService

Herr Richter bringt den Antrag ein und kündigt Austauschseiten an, die die Änderungen aus dem Ausschuss für Bildung und Sport enthalten und am Montag, 31. März 2014, ausgereicht werden sollen. Da der Beschluss auch für Kreditermächtigungen der laufenden Planungen benötigt werde, bittet er um eine sofortige Abstimmung in der kommenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Kommunaler Immobilien Service (KIS) für das Wirtschaftsjahr 2014.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	12
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	3

zu 4.10 Konzept zur Erinnerung an das ehemalige russische Militärstädtchen Nr. 7

Vorlage: 14/SVV/0082

Oberbürgermeister, FB Kultur und Museum

Der Oberbürgermeister verweist auf die zustimmende Empfehlung des Ausschusses für Kultur. Da es keinen Diskussionsbedarf gibt, stellt er den Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Konzept zur Markierung baulicher Spuren der sowjetischen Geheimdienststadt

„Militärstädtchen Nr. 7“ und deren Verbindung durch einen Geschichtspfad gemäß Anlage.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	13
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

zu 4.11 Konzept zur Erinnerungskultur der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 14/SVV/0280

Oberbürgermeister

Herr Jetschmanegg bringt die Vorlage ein, die neben der Dokumentation des Beteiligungsverfahrens die Grundsätzen der Potsdamer Erinnerungskultur und Handlungsvorschläge beinhaltet. Für die Beschlussfassung werden noch nachgereichte Stellungnahmen eingearbeitet.

Frau Dr. Schröter verweist darauf, dass es zu dieser Vorlage auch eine Einführung im Ausschuss für Kultur gegeben habe. Sie schlägt vor, ein bis zwei Jahre nach diesem Konzept zu verfahren und die Erfahrungen einfließen zu lassen. Sie merkt im Weiteren an, dass das städtische Konzept „knapp“ gehalten sei, der Vorschlag der Fraktion DIE LINKE zum Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus berücksichtigt wurde das Gedenken eher ein Bedürfnis älterer Generationen sei und sie es als Aufgabe betrachte, dies auch an Jugendliche heranzutragen. Auf ihre Nachfrage, wie die Idee der „Anbindung“ an den Fachbereich Kultur personell untersetzt werde, verweist Herr Jetschmanegg auf eine Prüfung im Zuge der Aufteilung zusätzlicher Stellenanteile und den Übergang an den Bereich Kultur ab 01.01.2015.

Der Beschlussvorschlag wird zur Kenntnis genommen, da er erst in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung eingebracht wird.

zu 4.12 Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus

Vorlage: 14/SVV/0131

Fraktion DIE LINKE

Der Oberbürgermeister schließt an die Diskussion zum Tagesordnungspunkt 4.11 an. Er befürworte eine zentrale Gedenkveranstaltung; ein zentraler Gedenkort sollte nicht festgelegt werden. Er empfiehlt, diesem Antrag zuzustimmen und sagt zu, einen entsprechenden Vorschlag zu unterbreiten. Als Gedenkort seien verabungsgemäß der Platz der Einheit und die Lindenstraße ausgeschlossen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ab 2015 das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar als eine zentrale Veranstaltung in Potsdam gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung vorzubereiten und durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	11
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	4

zu 4.13 Einzelhandelskonzept für die Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 14/SVV/0150

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Dr. Scharfenberg verweist auf den von der Fraktion DIE LINKE für die nächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vorgelegten Antrag 14/SVV/0236, Neunutzung der RAW-Halle. Anliegen sei, die denkmalgerechte Sanierung mit Einzelhandel zu kombinieren und einen Weg zu suchen, den Vorschlag in das Einzelhandelskonzept einzubeziehen.

Der Oberbürgermeister betont, dass die Stadt gute Gründe für eine Ablehnung des Anliegens des Investors hatte. Der o. g. Antrag müsse intensiv diskutiert werden, was aber nichts mit der Abstimmung der jetzt vorliegenden Beschlussvorlage zu tun habe.

Herr Klipp erläutert nachdrücklich den Sinn eines Einzelhandelskonzeptes und verweist darauf, dass dies ein Ergebnis von Standortuntersuchungen auch in diesem Bereich, sei.

Herr Schultheiß plädiert dafür, das Einzelhandelskonzept nicht mehr in dieser Wahlperiode zu beschließen. Frau Hüneke spricht sich ebenso dagegen aus wie Herr Kutzmutz. Letzterer betont, dass sich die Mitglieder der Fraktion DIE LINKE im Ausschuss Stadtentwicklung und Bauen bei der Abstimmung des Einzelhandelskonzeptes wegen des Antrags zur Neunutzung der RAW-Halle enthalten haben. Eine Verschiebung der Abstimmung in der Stadtverordnetenversammlung halte er aber für „unsinnig“, weil das Konzept fortgeschrieben und bei sich ändernden Bedingungen angepasst werde.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

1. Das fortgeschriebene „Einzelhandelskonzept für die Landeshauptstadt Potsdam“ (gemäß Anlage 1) ist als Konzept der Einzelhandelsentwicklung der Landeshauptstadt Potsdam anzuwenden.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Einzelhandelskonzept umzusetzen, insbesondere im Rahmen der Bauleitplanung und des besonderen Städtebaurechts. Dazu sind die Ziele und Leitlinien zu beachten und die zentralen Versorgungsbereiche mit den verfügbaren planungsrechtlichen Mitteln in ihrer Entwicklung zu schützen, Entwicklungs- und Sanierungsziele ggf. anzupassen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	7

zu 4.14 Nachnutzungskonzept der Biosphärenhalle

Vorlage: 14/SVV/0177

Fraktion CDU/ANW

zurückgestellt

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

zu 5.1 Evaluierung Tochtergesellschaften Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH

Vorlage: 14/SVV/0062

Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Der Oberbürgermeister begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Prof. Wenisch und Herrn Heise als Vertreter des Klinikums „Ernst-von-Bergmann“. Sie beantworten die Nachfragen von Frau Bankwitz zum Tarifvertrag in der Cateringgesellschaft und von Herrn Dr. Scharfenberg zur Beibehaltung der Strukturen.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.2 Bericht zur Stadtentwicklung und Stadterneuerung bezgl. DS Nr. 03/SVV/0806

Vorlage: 14/SVV/0072

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.3 Gewerbeflächensicherungskonzept - Jahresbilanz 2013/2014

Vorlage: 14/SVV/0179

Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.4 Änderung der Fernwärmesatzung

Vorlage: 14/SVV/0158

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

zurückgestellt

zu 5.5 Rahmenbedingungen für den Erwerb von BImA-Wohnungen durch die ProPotsdam GmbH

Vorlage: 14/SVV/0166

Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 5.6 Personelle Situation im Bereich Stadtplanung/
Stadterneuerung/Bauleitplanung**

Vorlage: 14/SVV/0153

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

zurückgestellt

zu 5.7 Zeitplan Haushalt 2015/2016

Vorlage: 14/SVV/0196

Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation, Fachbereich Finanzen und Berichtswesen

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.8 Information zur Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners

Herr Claes, Bereichsleiter Grünflächen, informiert, dass die Landeshauptstadt Potsdam in diesem Jahr bei der Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners auf den Einsatz von Bioziden verzichte und Nester manuell abgesaugt werde.

Die koordinierte Vorgehensweise aller Beteiligten im Jahr 2013 habe offenkundig zu einer drastischen Reduzierung des Schädlings geführt. Im vergangenen Jahr hat die Landeshauptstadt in Abstimmung mit dem Landesbetrieb Forst, der Oberförsterei Potsdam, der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten sowie einigen Wohnungsunternehmen das Biozid Dipel ES teils aus der Luft, teils vom Boden in die Baumkronen gesprüht. Mit den dargestellten Planungen für das weitere Vorgehen entspricht die Landeshauptstadt Potsdam gleichzeitig auch den Empfehlungen der beim Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft tätigen Arbeitsgruppe zur Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners.

Beobachtete Vorkommen des Eichenprozessionsspinners können über die Potsdamer Behördennummer 115 gemeldet oder dem Bereich Grünflächen mitgeteilt werden.

zu 6 Sonstiges